

TIERRA LIBERTAD

Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr



Liebe Leserinnen und Leser,

entschuldigen wollen wir uns für diese Ausgabe nicht unbedingt, im Gegenteil, wir finden sie ganz gut. Aber natürlich kann es sein, dass sich die Bedingungen, unter denen wir sie gemacht haben, irgendwie doch widerspiegeln. Deshalb hier kurz ein paar Schlaglichter: „Ich mach dann die Fotos, schickst Du sie mir mal rüber?“ Minutenlanges Schweigen, dann ein leicht irres Kichern, dann die Frage: „Du, sach ma, siehst Du hier nen Jaguar oder ein Häschen?“ Gut, nach 2 Tagen intensiven Arbeitens und und 2 Nächten ebenso intensiven Feierns, am Feuer sitzen und Reden, dann wieder Artikel lesen, in denen die ökonomischen Ursachen der derzeit sehr heftigen Situation in Chiapas, in Guerrero und Oaxaca dargelegt werden, andere, in denen das Ausmass der Repression in Ansätzen sichtbar wird, darf schon mal ein irres Kichern rausrutschen.

Manchmal werden Zorn und Empörung aber auch in Solidaritätsaktionen umgewandelt, von denen wir gerne berichten und das macht dann wieder Mut. Vielleicht regt ja der eine oder andere Bericht zum Selbermachen an.

Die Zapatistas und die Andere Kampagne, die Bewegung in Oaxaca und an vielen anderen Orten Mexikos brauchen unsere Solidarität wirklich dringend!

Ausserdem wollten wir Euch einen Blick auf die Diskussionen und Prozesse in Deutschland und dem Ya-Basta-Netz nicht vorenthalten. Wir sind nicht nur solidarisch mit den Zapatistas, sondern kämpfen auch hier für ein Leben in Würde, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb haben wir auch den Artikel zu der Idee der Einkommensgemeinschaften im Rahmen der Diskussionen über Solidarökonomie abgedruckt.

Wir hoffen, dass auch diese Ausgabe der Tierra y Libertad informativ ist und zum Nachdenken, weiter Informieren und Handeln anregt.

Für Anregungen und Rückmeldungen eurerseits sind wir natürlich auch weiter dankbar;

Die Redaktion der Nummer 63

Inhalt:

Situation spitzt sich zu	S. 3
Internationale Karawane	S. 5
Solidarität und Information aus erster Hand	
Goldrausch in Chiapas	S. 6
Foltertraining für Polizisten	S. 7
Politische Gefangene frei	S. 7
Weitere Repressionen	S. 8
Morde an Radioaktivistinnen	S. 9
Ausgrabungen in Guerrero	S. 9
Augen und Ohren der Welt	S.10
Wie funktioniert Menschenrechtsbeobachtung?	
ASPAN	S.12
Mehr als ein weiteres Freihandelsabkommen	
Globale Vernetzung - wo laufen sie denn?	S.14
Eine kritische Betrachtung der globalisierungskritischen Bewegung	
El Barrio - Ein Viertel setzt sich zur Wehr	S. 16
Selbstorganisation von MieterInnen in East Harlem, New York	
Einkommensgemeinschaften	S.17
Ein Ansatz gegen die Vereinzelung	

Impressum:

Herausgeberinnen:
Ya-Basta-Netz in Zusammenarbeit mit
Café Libertad Kooperative

Kontakt zur Redaktion:
landundfreiheit@riseup.net

V.i.S.d.P.: C.Ramona,
Dahlweg 64, 48153 Münster

Auflage: 2300 Exemplare

Vertrieb:
abolandundfreiheit@riseup.net

Spendenvorschlag bei Bestellungen:

1 Exemplar - 2 Euro
5 Exemplare - 4 Euro
10 Exemplare - 6 Euro
20 Exemplare - 10 Euro
50 Exemplare - 22 Euro



Die Tierra y Libertad
wird erstellt mit

Scribus

Open Source Desktop Publishing
www.scribus.net

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

Situation spitzt sich weiter zu

Die Lage der Gemeinden im Widerstand in Chiapas hat sich in den letzten Wochen extrem zuge-spitzt. Das Militär ist in zwei Wo-chen zweimal in zapatistische Gemeinden eingedrungen. Neue Militärposten wurden an den Hauptverbindungen der Bundesstraßen errichtet. In Mexiko und weltweit gab es Proteste gegen die Provokationen.

„Dieses Mal hat es nicht geklappt. Aber wir kommen wieder, in zwei Wo-chen. Und dann kommen wir auf je-den Fall in die Gemeinde rein“. Diese unverhohlene Drohung der Soldaten geschah am 4. Juni gegenüber den za-patistischen BewohnerInnen der indi-genen Gemeinde Hermenegildo Galeana, wie der Rat der Guten Regie-rung von La Garrucha, einem der fünf regionalen Verwaltungszentren der za-patistischen Autonomie, in einem Kommuniqué bekannt gab. Die Dro-hung wurde bisher noch nicht wahr gemacht.

Die Armee war zusammen mit einer lokalen Polizeieinheit und einem Trupp der Justizpolizei AFI an jenem Mittwoch zunächst in die Gemeinde La Garrucha, später dann in Galeana und San Alejandro eingedrungen. Als Vorwand wurde die Suche nach Mari-huana-Feldern angegeben, ein Hohn, wenn bedacht wird, dass Alkohol- und Drogenkonsum wie auch der An-bau von Drogen in zapatistischem Ge-biet seit 1994 verboten ist. Der Einsatz stellt die heftigste Provokati-on der Regierung gegenüber den Za-patistInnen in den letzten Jahren dar.

Der Einsatz des Militärs in Zusam-menarbeit mit der Polizei in einer za-patistischen Gemeinde war nicht der einzige. Bereits am 19. Mai führten Soldaten, AFI- und chiapanekische Polizisten eine gemeinsame Operati-on in der Gemeinde San Jerónimo Tu-lijá, im autonomen Landkreis Ricardo Flores Magón, durch. Zunächst wurde die Suche nach einem Labor für Raub-kopien als Motiv angegeben, später ein intrakommunitärer Konflikt zwi-schen Familien, die der PRI angehören. Einige Tage später hieß es dann von Seiten der chiapanekischen Regie-



Der Druck des mexikanischen Militärs auf die zapatistischen Gemeinden ist so stark wie seit Jahren nicht mehr. Soldaten in San Jerónimo Tulijá im Mai diesen Jahres.
Foto: FrayBa

rung, der Einsatz wurde auf der Suche nach Drogen und Waffen eingeleitet. Aber keines dieser drei Motive er-klärt, warum ausschließlich ZapatistInnen Ziel des Einsatzes waren.

Beiden Einsätzen ist ein Muster ge-meinsam: Die Einsätze wurden von Kennern der lokalen Strukturen geleitet. In San Jerónimo Tulijá war ein Bewohner des Dorfes, der als Soldat in Cancún stationiert ist, während sei-nes Urlaubs die entscheidende Figur. Er zeigte auf die Häuser der Unter-stützerInnen der Zapatistischen Ar-mee der Nationalen Befreiung (EZLN), woraufhin die Soldaten in mehrere Häuser eindrangen und eine Frau, das Kind auf dem Arm, mit dem Tod bedrohten. Später zogen sie vor das Haus, welches Teil der zapatisti-schen Infrastruktur ist. Die zapatisti-schen Frauen des Dorfes verhinderten, dass die Armee und Po-lizei die Sicherheitsstrukturen der za-patistischen ZivilistInnen angreifen konnten. In La Garrucha wurde der Einsatz von der lokalen Polizei geleitet. „Es war Feliciano Román Ruiz, und wir wissen, dass er ein Polizist aus Ocosingo ist“, so der Rat der Gu-ten Regierung von La Garrucha.

In einem anderen Fall wurde von re-gierungsnahen Medien Ende Mai

über die Zerstörung von Hanffeldern in der angeblich zapatistischen Ge-meinde Nuevo Chamizal im Biosphä-renreservat Montes Azules berichtet. Lokale Nichtregierungsorganisati-onen stellten bald darauf klar, dass im genannten Dorf keine ZapatistInnen leben.

Die Strategie der föderalen Regie-rung scheint aufgrund dieser Ereignis-se darauf hinzudeuten, die ZapatistInnen des Drogenanbaus und -handels zu beschuldigen, um mög-licherweise eine Offensive gegen die za-patistischen Gemeinden zu rechtfertigen. Ähnliche „Anschuld-igungen“ hatte es zwar schon früher gegeben, allerdings ohne dass das Mi-litär in zapatistische Gemeinden ein-gedrungen war.

Allerdings sind die genannten Ein-sätze keine Einzelfälle. Am 22. Mai gab es eine gewaltsame Auseinander-setzung im Rahmen eines lokalen Konflikts um das Gebiet des zapatisti-schen Verwaltungszentrums von Mo-relia. In der Zeit kurz nach dem Aufstand 1994, als die gesamte Ge-meinde in der EZLN organisiert war, wurde ein Stück des Ejidos Morelia den Aufständischen überlassen. Dar-aufhin entstand dort eines der fünf Aguascalientes, Treffpunkt für das Zu-

sammenkommen der EZLN mit der Zivilgesellschaft, das 2003 in das Caracol „Wirbel unserer Wörter“ umgewandelt wurde. Die mittlerweile mehrheitlich zur PRI gewechselten DorfbewohnerInnen forderten nun Ende April das Land zurück, auf dem sich das autonome Verwaltungszentrum befindet. Nach einigen konfrontativen Gesprächen mit dem Rat der Guten Regierung begannen die Aggressionen. Die PRI-Anhänger stellten den ZapatistInnen

mehrmals den Strom ab, und als diese ihre Elektrizitätsleitungen reparierten, wurden sie von den PRIistas angegriffen. In der Folge wurden über 30 Personen auf beiden Seiten verletzt. Mittlerweile wurden die PRIistas von der chiapanekischen Regierung 'entschädigt'.

Insgesamt haben die Militärbewegungen und -einsätze in den letzten Wochen zugenommen. Im nördlichen Teil von Chiapas wurden mehrere Militärkontrollposten eingerichtet. Die BewohnerInnen der betroffenen Gemeinden haben daraufhin ihre Sorge öffentlich gemacht, dass es zu einer Zunahme von Feindseligkeiten gegen die widerständischen Gemeinden kommen könnte. Vor allem in dieser Region hat in den letzten Jahren der Widerstand gegen die hohen Stromtarife zugenommen. Mehrere Gemeinden zahlen seitdem keinen Peso mehr an das parastaatlische Unternehmen CFE. Dieses hatte in einigen Fällen unverhältnismäßig hohe Rechnungen für die BewohnerInnen von Dörfern ausgestellt, in deren Haushalten zwei Glühbirnen der einzige Stromverbrauch waren.

Nicht nur die ZapatistInnen sind von der aktuellen Welle der Einschüchterung betroffen. In der indigenen Gemeinde El Carrizal, auf dem Weg von San Cristóbal in Richtung der Täler des Lakandonischen Urwalds gelegen, konnten die Frauen des Dorfes am 29. Mai das Eindringen der Armee und der chiapanekischen Polizei verhindern. Augenscheinlich handelt es sich auch in diesem Fall um die Kriminali-



Bundespolizei belagert die Gemeinde Cruztón, Juni 08
Foto: FrayBa

sierung sozialer Organisationen, denn besagtes Dorf ist in der Bauernorganisation Emiliano Zapata (OCEZ), und diese in der Region innerhalb der Landesweiten Front im Kampf für den Sozialismus (FNLS) organisiert. Abermals war der Vorwand die Suche nach Marihuana-Feldern in der näheren Umgebung.

„In diesem Jahr haben wir von verschiedenen Gemeinden Beschwerden über Militär- und Polizeieinsätze erhalten, die durch die Art der Durchführung dieser Aktionen sich in die Logik der Aufstandsbekämpfung einreihen“, heißt es in einer jüngst veröffentlichten Pressemitteilung des Menschenrechtszentrums „Fray Bartolomé de Las Casas“ zur Situation in Chiapas. „Diese Ereignisse dürfen nicht isoliert betrachtet werden und müssen im Rahmen einer Offensive gegen die indigenen Gemeinden im Widerstand gesehen werden“, so das Menschenrechtszentrum weiter. Das Zentrum für politische Analysen und sozio-ökonomische Forschung (CAPISE) hat in einem jüngsten Bericht die aktuellen Militärbewegungen im Lakandonischen Urwald aufgeführt und erklärt, dass „die Offensive (des Staates) gegen die zapatistischen Gemeinden auf ihrem Gebiet weitergeht und zunimmt“, während die Medien darüber schweigen. Beide Organisationen stimmen überein, dass die vom Militär angeführte Begründung, den Drogenanbau zu bekämpfen, nur ein Vorwand ist, um den Widerstand der indigenen Gemeinden zu brechen.

Als Reaktion auf die Einsätze des Mi-

litärs und der Polizei haben pro-zapatistische Gruppen der Zivilgesellschaft in Mexiko zu Protesten und gemeinsamen Aktionen aufgerufen. Mehrere lokale Gruppen der Anderen Kampagne, einer mexikoweiten pazifistischen Initiative der EZLN, haben in verschiedenen Städten des Landes zu Demonstrationen gegen die Armeeprovokation aufgerufen. Mitte Juni haben diverse alternative Radio-Stationen, die in der Anderen Kampagne organisiert sind, einen Tag lang über die jüngsten Ereignisse berichtet.

tet.

Auch international blieben die Reaktionen nicht aus. In Australien und Neuseeland haben Solidaritätsgruppen vor der mexikanischen Botschaft demonstriert. Zapatistische Kollektive in Madrid und Barcelona konnten Mitte Juni während des Besuchs des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón in hörbarer Nähe ihrer Empörung über die jüngsten Provokationen Ausdruck verleihen. Verschiedene Solidaritätsgruppen weltweit haben Protestbriefe an die mexikanische Regierung geschrieben und das Ende dieser Aktionen verlangt.

Autor: Thomas Zapf

Weitere Infos:

Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de Las Casas“, Chiapas – www.frayba.org.mx [spanisch]
Zentrum für politische Analysen und sozio-ökonomische Forschungen (CAPISE), Chiapas – www.capise.org.mx [spanisch]

Chiapas98.de (deutschsprachiges Infoportal mit aktuellen Informationen über Chiapas)



Internationale Karawane: Ihr seid nicht allein!

Zapatistas berichten von Problemen und Fortschritten in den selbstverwalteten Gebieten

Seit dem 29. Juli 2008 bereisen verschiedene Brigaden der „Nationalen und Internationalen Beobachtungs- und Solidaritätskarawane mit den zapatistischen Gemeinden“ den süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas.

Insgesamt nehmen an den Aktivitäten über 300 Personen aus dem spanischen Staat, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweiz, Österreich, USA, Iran, Kanada, Argentinien, Deutschland sowie aus den mexikanischen Bundesstaaten Oaxaca, Chiapas, Puebla, Mexiko-Stadt, Baja California Sur, México, Michoacán und Veracruz teil.

Ziel der Karawane ist es, Solidarität zu demonstrieren und sich direkt in den Unterstützungsgemeinden der EZLN (Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung) über die Repression und weitere Probleme in der Region, aber auch über die Fortschritte der linksgerichteten Bewegung zu informieren.

- Militärische und paramilitärische Repression -

In Mexiko gibt es seit über einem Jahr einen regelrechten Informationsboykott seitens der Massenmedien bezüglich der Situation der zapatistischen Bewegung, obwohl Paramilitärs, Polizei und die mexikanische Bundesarmee so repressiv gegen verschiedene Unterstützungsgemeinden der EZLN vorgegangen sind, wie schon seit etwa 10 Jahren nicht mehr. Ende 2007 attackierte beispielsweise die OPDDIC, eine regierungsnaher Gruppierung mit paramilitärischen Verbänden, mehrfach BewohnerInnen von zapatistischen Gemeinden, wobei einige Menschen schwer verletzt wurde. Im Juni 2008 fielen Polizei und Militär in mehrere zapatistische Dörfer ein, unter anderem in den Verwaltungssitz La Garrucha. Die BewohnerInnen drängten die Soldaten mit Stöcken und Steinen bewaffnet zurück.

Ziel dieser Angriffe ist, die Angehörigen der zapatistischen Bewegung zu demoralisieren, die Bewegung insgesamt zu schwächen und ihnen das 1994 im Zuge des Aufstands der EZLN besetzte Land zu entreißen - u.a. wegen zahlreicher Bodenschätze und der

immensen biologischen Vielfalt der Region. Vor allem die Zonen der Verwaltungssitze von La Garrucha und Morelia sind aktuell von Repression betroffen.

Die Repression hat nicht nur lokalen Charakter: sie wird auch durchgeführt, um ein Anwachsen der sogenannten „Anderen Kampagne“ zu verhindern, einer 2005 von der EZLN in der „Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald“ angestoßenen mexikoweiten Mobilisierung, die außerparlamentarisch und pazifistisch für eine neue antikapitalistische Verfassung kämpft.

- Fortschritte im autonomen zapatistischen Gebiet -

Im autonomen Verwaltungssitz von La Realidad berichtete der dortige autonome zapatistische Rat über die aktuelle Situation in der Zone Selva Fronteriza (Regenwald und Grenzgebiet zu Guatemala). Im Gegensatz zu anderen Zonen ist die militärische Situation dort relativ entspannt, so dass die Zapatistas am weiteren Aufbau ihrer autonomen Strukturen arbeiten können.

Die dortige Brigade der Solidaritätskarawane führte ein sechstündiges Interview mit der Junta und den Gesundheits- und BildungspromotorInnen durch. Sie berichteten von großen Fortschritten in Gesundheits- und Bildungsbereich. Kindersterblichkeit und Todesfälle von Frauen während der Geburt haben drastisch abgenommen und vor allem im Bereich Prävention hat sich die Situation deutlich verbessert. In den vier Landkreisen der Zone gibt es mehrere autonome Krankenhäuser und fast jede Gemeinde verfügt über eine kleine Gesundheitsstation und einen Gesundheitspromotor bzw. eine Promotorin.

Auch im Bildungsbereich der Zone von La Realidad gibt positive Entwicklungen. Heute hat jedes Kind in den zapatistischen Dörfern die Möglichkeit, die Schule zu besuchen. Der Analphabetismus hat dadurch deutlich abgenommen. Die BildungspromotorInnen, die die Kinder unterrichten, sehen sich explizit nicht als professionelle LehrerInnen, sondern als

BegleiterInnen der Jungen und Mädchen, die ihre Bildung in verschiedenen Fächern in einem wechselseitigen und praxisorientierten Prozess vorantreiben. Auch Eltern und Großeltern werden in die Lehrinhalte und -formen einbezogen. In den zapatistischen Schulen gibt es keine Noten und der Bildungsprozess insgesamt ist stark an den Problemen und Lebensrealitäten vor Ort orientiert.

Der Unterricht der staatlichen Lehrer, so es ihn denn überhaupt gab, war meist von einem extremen Rassismus durchtränkt; den Kindern wurde beigebracht, dass sie ihre indigene Sprache und Lebensweise vergessen sollten und sich auf eine berufliche Karriere in den Städten vorbereiten sollten. Heute lernen die Kinder neben Spanisch auch ihre jeweilige indigene Sprache.

Die Frauen in La Realidad berichteten, dass sie tatsächlich immer weiter in alle Bereiche der Bewegung einbezogen werden. Als Hinderungsgrund für eine vollwertige Beteiligung nannten sie nicht nur den früher sehr ausgeprägten Machismo der Männer, sondern auch die Selbstwahrnehmung der Frauen, die sich früher nur sehr selten für kompetent einschätzten, heute jedoch immer mehr Selbstbewusstsein entwickeln. Die Frauen betonten, dass es immer noch Schwierigkeiten gibt, sie aber klare Fortschritte erzielen konnten und Schritt für Schritt weiterkommen.

Einige Jugendliche berichteten zudem, dass sie sich vor kurzem zu einer revolutionären zapatistischen Jugendorganisation zusammengeschlossen haben, um sich in den Bereichen Kommunikation, Video, Radio, Internet u.a. fortzubilden.

Die Karawane wird sich noch bis zum 10. August in den zapatistischen Territorien aufhalten, um weitere Informationen einzuholen und Interviews durchzuführen.

Luz Kerkeling, Gruppe

B.A.S.T.A., La Realidad, 4.8.2008

Fotos vom Interview unter: http://chiapas.indymedia.org/display.php3?article_id=157999
weitere Informationen, Audios, Fotos und Videos (größtenteils Spanisch) unter:
europazapatista.org
chiapas.indymedia.org

Goldrausch in Chiapas?

Polizei greift pro-zapatistische Gemeinde an, um Land zu enteignen. Ökonomische Interessen sollen gesichert und eine Ausweitung der Bewegung verhindert werden

Am 22. Juli wurden die Bewohnerinnen und Bewohner des oppositionellen Dorfes Cruztón südlich von San Cristóbal ein weiteres Mal von Polizeikräften angegriffen, als sie versuchten, ihre Wasserquelle zu reinigen und ihre Felder zu bearbeiten. Mehrere Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde wurden durch Schläge verletzt, ein älterer Mann wurde vom anwesenden Staatsanwalt einen Hügel hinuntergestoßen und erlitt Schädelverletzungen. Mindestens ein Kind wurde durch eine abgefeuerte Tränengaskartusche verletzt. Entgegen der üblichen Praxis wurde nach Angaben der Gemeinde sogar ein unabhängiger Menschenrechtsbeobachter, der mexikanische Lehrer Víctor Manuel Escobar, bei der Offensive attackiert und festgenommen.

Besonders gravierend ist die permanente Präsenz der Präventiven Staatspolizei (PEP) auf den Gemeinelandereien. Die staatlichen Sicherheitskräfte verbreiten permanent Angst und verhindern die Feldarbeit und das Sauberhalten der

Wasserquelle. Seitdem die PEP am 18. Juni die Gemeinelandereien okkupiert hat, leiden immer mehr Menschen an Krankheiten durch verunreinigtes Wasser und Mangelernährung.

Jahrzehntelang hatten die Bewohnerinnen und Bewohner von Cruztón auf der Finca des Großgrundbesitzers Amado Villafuerte in Lohnsklaverei arbeiten müssen. 1988 überschrieb der damalige Verwalter dem Dorf schließlich 306 Hektar Land zur Wiedergutmachung. Doch im Zuge des Aufstands der linksgerichteten Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) von 1994 nahmen ortsfremde Personen aus Teopisca, San Cristóbal und Nachbargemeinden das Land in Beschlag. Sie gaben sich als Zapatisten aus und wurden daher von der Regierung nicht angegangen. Nach Aussagen der legitimen Landeigentümer aus Cruztón nutzten sie das Land nicht, führten sich aber „wie die Großgrundbesitzer“ auf. Sie erniedrigten und bedrohten die Menschen und verunreinigten die Wasserquelle des Dorfes. Daher entschied die Gemeinde am 5. Mai 2007, ihr Land erneut zu besetzen.

Die Wiederaneignung wird juristisch vom Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de las Casas“ aus

San Cristóbal und politisch von der „Anderen Kampagne“ unterstützt, einer mexikoweiten Mobilisierung, die mit der EZLN zivil für eine neue antikapitalistische Verfassung kämpft. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner von Cruztón sind Angehörige der „Anderen Kampagne“.

Interkommunitäre Streitigkeiten, die seit jeher durch die Verhinderung einer echten Agrarreform und die Doppelvergabe von Ländereien seitens des Staates angeheizt werden, sind im Süden Mexikos keine Seltenheit. Doch im aktuellen Fall geht es um weit mehr als um die Sicherung der Privilegien der lokalen Machthaber. Einerseits soll eine Ausweitung des Einflusses der zapatistischen Bewegung verhindert werden, ein Anliegen, das weiterhin im Interesse der chiapanekischen und der Zentralregierung liegt, - andererseits gibt es in Cruztón Goldvorkommen.

Das kanadische Unternehmen Radius Gold will nach Angaben des unabhängigen Zentrums für ökonomische und politische Forschung (CIEPAC) aus Chiapas über sein Tochterunternehmen Geometales del Norte in der Region diverse Goldminen installieren.

Insgesamt hat die mexikanische Regierung in Chiapas laut CIEPAC 550.000 Hektar an kanadische Minenunternehmen wie Radius Gold, Fronteer Development Group und Linear Gold konzessioniert. Dies entspricht gut sieben Prozent der Fläche des Bundesstaates.

Der aktuelle Fall illustriert, dass sich die vorgeblich sozialdemokratische chiapanekische Regierung ebenso wie der rechtskonservative Präsident Felipe Calderón zum Erfüllungsgehilfen transnationaler Konzerne macht. Gerade der Goldabbau ist seit Jahrhunderten dafür bekannt, dass er außer extremer Umweltverschmutzung, Korruption, Gewalt und sozialer Verwahrlosung nichts in den Abbauregionen hinterlässt.

Die Gemeinde Cruztón fordert die sofortige Freilassung von Víctor Manuel Escobar, der ebenfalls Unterstüt-



Im "Berg der liegenden Frau" werden Goldvorkommen vermutet.
Foto: Tierra y Libertad

zer der „Anderen Kampagne“ ist, den sofortigen Abzug der Polizei und der angeblichen Eigentümer der Gemeindefeldern des Ejido „San José Cerro Grande I“ von den Feldern des Dorfes.

Ein anonymes Sprecher von Cruztón versicherte: „Wie Zapata schon sagte, das Land gehört denen, die es bearbeiten. Was auch kommen mag, wir werden unser Land verteidigen“.

LK, Gruppe B.A.S.T.A., San Cristóbal, Chiapas
23.7.2008

Politische Gefangene frei

Am 24. Juli wurden sieben Gefangene aus verschiedenen Gefängnissen in Chiapas freigelassen. Die sechs Männer und eine Frau wurden vom Menschenrechtszentrum "Fray Bartolome de las Casas" (FrayBa) als politische Gefangene bzw. als unrechtmäßig inhaftiert eingestuft.

Die Gefangenen hatten im Frühjahr diesen Jahres mit einem Hungerstreik auf ihre Situation aufmerksam gemacht. (s.a. TyL 62) Durch eine breite Mobilisierung konnte eine Überprüfung ihrer Fälle erreicht und ihre Unschuld nachgewiesen werden.

FrayBa zählt nun noch acht unrechtmäßig inhaftierte Menschen in Chiapas und schließt:

"Diese unschuldig Gefangenen sind nur ein Beispiel für die Wirklichkeit der politischen Gefangenen in Chiapas, aber zur gleichen Zeit auch dafür, was mit der Organisierung inner- und ausserhalb der Gefängnisse erreicht werden kann, von Opfern, Angehörigen und unabhängigen Organisationen, mit einem gemeinsamen Ziel und mit vollem Respekt gegenüber der Würde und Autonomie der Personen."

Quelle: FrayBa

AKTUALISIERUNGEN

Am 24.7.2008 gab die Gemeinde bekannt, dass die Polizei abgezogen wurde und das Victor Manuel Escobar freigelassen wurde. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Cruztón befürchten jedoch, dass die Polizei zurückkehren könnte und bittet die Solidaritätsbewegung, weiterhin aufmerksam zu bleiben.

Am 28.7.2008 gab die Gemeinde bekannt, dass sie am 30.7. ihr Land er-

neut besetzen wollen. Von den Priistas fordern sie den sofortigen Abzug des Viehs, das weiterhin auf ihrem Grundstück steht. Von Seiten der Regierung fordern sie die Anerkennung ihrer Rechte und eine Lösung für diese sowie die Bestrafung der Polizisten der PEP und des Staatsanwaltes Carboney, die an den Aggressionen am 22.7. teilgenommen haben.

(3.8.2008)

„Globaliza la Rebeldía! Den Widerstand globalisieren!“

Seit Ende Juni sind zwei Compas zusammen mit einer Medienaktivistin aus Deutschland für zwei Monate in Europa unterwegs, um verschiedene Projekte und Kollektive europaweit zu besuchen und sich mit ihnen auszutauschen.

Der Radioaktivist Nahu kommt aus Oaxaca und arbeitet dort seit mehreren Jahren bei Freien Radios, an deren Aufbau in indigenen Gemeinden und an deren Vernetzung innerhalb Mexikos mit.

Poncho lebt seit fünf Jahren in Chiapas und arbeitet dort zur Zeit als Künstler. Seine Arbeiten sind Stencils (Sprühschablonen) politischer Art und setzen sich mit den lokalen Kämpfen und der Repression in Mexiko auseinander. Von Poncho stammt die Grafik auf unserem Titelblatt.

Momo kommt aus Deutschland und hat während ihrer halbjährigen Rundreise im Jahr 2007 den Dokumentarfilm „México mágico“ gedreht, der versucht, einige der vielen Realitäten Mexikos einzufangen.

Infos und Eindrücke auf ihrem Blog:
ak47-yabasta.org

Polizisten trainieren Folter

(púlsar-poonal)- Die Staatliche Menschenrechtskommission CNDH will in ganz Mexiko eine Untersuchung über das Training von Foltermethoden in der polizeilichen Ausbildung durchführen. Raúl Plascencia, oberster Inspektor der CNDH, kündigte die Maßnahme an, nachdem Videoaufnahmen veröffentlicht wurden, die das Foltertraining einer polizeilichen Spezialeinheit der Stadt León im Bundesstaat Guanajuato dokumentieren.

Das Video zeigt 26 Beamte, die sich auf Anordnungen eines englisch sprechenden Ausbilders in einer Substanz wälzen, die nach ihrem eigenen Erbrochenen aussieht. Zu sehen ist auch, wie zwei Polizisten den Kopf eines Kollegen in ein Gefäß mit Exkrementen tauchen und danach in dessen Nasenlöcher kohlenensäurehaltiges Wasser einleiten. Bei dem Opfer wird dadurch der Eindruck unmittelbar drohenden Ertrinkens hervorgerufen.

Die lokalen Behörden rechtfertigen die Folterübungen. Man wolle die Beamten auf schwierige Situationen vorbereiten und sie sollten mit Stress umgehen lernen.

Quelle: poolnal

Gesinnungsstrafrecht & Schnüffelparagrafen

Die §§ 129 und 129a des Strafgesetzbuches (StGB) waren seit ihrer Einführung Mittel, um linke Bewegungen zu kriminalisieren. Mit dem Etikett "kriminell" bzw. "terroristisch" soll linke Politik diffamiert und gesellschaftlich isoliert werden. Mit dem neu eingeführten § 129b StGB wird jetzt auch die internationalistische Unterstützung linker ausländischer Bewegungen in Deutschland unter Strafe gestellt.



Weg mit §§ 129, 129a und 129b StGB!

Solidaritätskonto

Rote Hilfe e.V., Konto 191 100 462
Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46
Stichwort: Weg mit 129ab



Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255, 37022 Göttingen
www.rote-hilfe.de

Weitere Repressionen gegen soziale Bewegung

Der Gouverneur hält sich mit militärischer Macht, aber die Bevölkerung muckt weiter auf

VOCAL ist das Kürzel für „den Raum“ der „Stimmen Oaxacas für die Schaffung von Autonomie und Freiheit“. Aus diesem Raum wird berichtet über das aktuell in Oaxaca herrschende Klima von Schikanen, Kriminalisierung und Verfolgung, die seitens der Regierung und diversen lokalen Medien im Verlauf der letzten Wochen direkt gegen Mitglieder von VOCAL los getreten worden sind.

Begonnen hat die Repression, nachdem am 20. Juni 2008 die organisierten EinwohnerInnen von Zaachila die Präsenz von Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz² bei einem von der Regierung des Bezirks organisierten öffentlichen Auftritt verhindert hatten.

Mitglieder von VOCAL waren daraufhin als „InitiatorInnen der Gewalt“ beschuldigt worden. Tatsächlich jedoch war diese von dem priistischen³ Bezirksgouverneur Noe Pérez und dessen Vater Natalio Pérez provoziert worden, die mit der Pistole in der Hand auf die Bevölkerung schossen. Diese hatte lediglich friedlich und auf legitime Weise gegen die Anwesenheit von Ruiz auf ihrem Land protestiert. Die Aggression der Angreifer ist durch Photos und Videoaufnahmen dokumentiert.

Nichts desto trotz übernehmen die lokalen Medien die Erklärungen von Ulises Ruiz und anderen Regierungsfunktionären in Fernseh-, Radiosendungen und in Presseartikeln und behaupten, die Verursacher der Gewalt seien Lehrer von Zaachila sowie Mitglieder von VOCAL gewesen und drohten, die ganze Kraft des Gesetzes gegen „die Provokateure“ einzusetzen. Womit sie die organisierte Bevölkerung meinen.

Es handelt sich also bei dieser neuen Repression um die leider schon übliche Antwort der Regierung auf den Wi-



Das Rathaus von Zaachila, Oaxaca im Sommer 2006.
Foto: Hinrich Schultze

derstand. Hierbei wird immer dieselbe Strategie gefahren: Führer ausdeuten, um sie zu kriminalisieren, Unterdrückung, die Blockierung alternativer Informationen, SprayerInnen von Graffiti werden verhaftet, geschlagen und beleidigt, es wird gelogen und eingeschüchtert. Das geschieht überall dort, wo die Menschen mit der Würde des Widerstands nicht bereit sind, zu verhandeln. Dieser nicht verhandelbare Widerstand wird sichtbar in der Reorganisation der Ortschaften, an den Basen; durch Siedlungen, Stadtteile, Kollektive und Räume und an seinem Widerhall in den Straßen am vergangenen 14. Juni, 2008. Parallel hierzu wurde die Polizeipräsenz verstärkt und neue föderale Kräfte angefordert.

In besagtem Fall wurden Mitglieder von VOCAL namentlich und mit Foto durch den staatlichen Fernsehsender Canal 9 denunziert und behauptet, dass gegen sie alle Haftbefehle ausgestellt worden seien und dass sie jeden

Augenblick festgenommen werden würden. Die Genannten wurden öffentlich als die VerursacherInnen der Gewalt im Bundesstaat Oaxaca verunglimpft. Dem liegt eindeutig die Absicht zugrunde, die Repression, Gefängnis und selbst das Verschwindenlassen von Personen um VOCAL zu rechtfertigen.

Es handelt sich jedoch nicht etwa um einen Einzelfall, sondern um eine systematische Vorgehensweise im Rahmen der Repressionswelle, der sich die soziale Bewegung Oaxacas durch die Schikanen der ständig präsenten Polizei ausgesetzt sieht. Diese ist in der Nähe der Wohnungen und an den Versammlungsorten von VOCAL stets zugegen und das Risiko von Verhaftungen für Aktive ist latent und hoch. Die Leute von VOCAL sehen sich aufgrund ihrer eindeutigen, öffentlichen und pazifistischen Partizipation an der Sozialen Bewegung Oaxacas verfolgt, weil sie nicht müde werden, Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz als Schuldigen an den Morden anzuklagen und die Freiheit für alle politischen Gefangenen sowie eine tiefgreifende Veränderung in Oaxaca zu fordern. Sie definieren sich ausdrücklich als Teil der Bewegung, verstehen die Anschuldigungen jedoch als Reaktion auf ihre solidarischen Ver-



halten zur Bewegung als Ganzes. Diese Solidarität nämlich bedeutet für den auf Spaltung und die Zerschlagung der Bewegung setzenden Staat ein immenses Risiko.

Die Soziale Bewegung von Oaxaca kämpft für eine radikale und wahrhaftige Veränderung der Gesellschaft, sie kommt aus den Wurzeln der Gemeinschaften und beruht auf die 500 Jahre alten Weisheiten, die man eben solange versucht hat, zu verstümmeln, bis hin zu den heutigen Ungerechtigkeiten.

Das Oaxaca von heute sagt ¡Basta! (Es reicht!). Nach 2006 wird nichts und niemand je wieder so sein wie zuvor.

VOCAL fordert Gerechtigkeit, Freiheit und die sofortige Einstellung der Schikanen gegen die Soziale Bewegung insgesamt und gegen Silvia Gabriela Hernández Salinas, Efraín López, Eduardo Zanabría Hernández, Rubén Valencia Núñez und David Venegas Reyes. Es wird darum gebeten, die genannten Umstände publik zu machen, um dem Versuch der Regierung, die Widerständigen zum Schweigen zu bringen, entgegen zu wirken.

Quelle: kaosenlared.net

1 vocal@riseup.net; <http://www.vocal.lunasexta.org/>

2 bekannt für die äußerst brutale Repression und Niederschlagung der Aufstände 2006; siehe Berichte auf: www.chiapas.ch

3 PRI - ehemals allein herrschende Staatspartei

Oaxaca: Radioaktivistinnen ermordet

Zwei indigene Aktivistinnen des Gemeinderadios „Die Stimme, die das Schweigen durchbricht“ wurden am 7. April durch Schüsse ermordet. Teresa Bautista Merino (24 Jahre) und Felicitas Martínez Sánchez (20 Jahre) waren auf dem Weg zu dem Treffen zur Verteidigung der Rechte der Völker Oaxacas, um den Arbeitskreis „Alternative und gemeinschaftliche Kommunikation: Gemeinderadios, Video, Presse und Internet“ zu koordinieren. Kurz nach Verlassen des Senders in San Juan Copala in der Region Mixteca gerieten sie in einen Hinterhalt.

Bei dem Angriff wurden drei weitere Menschen verletzt, darunter ein dreijähriges Kind. Die Täter entkamen unermittelt.

Quelle: www.OaxacaLibre.org



Oaxaca tanzt: 35'000 an der Guelaguetza popular

Am 21. Juli fand nicht nur die offizielle Guelaguetza statt, das Folklorefest für Touristen und Establishment und zu unbezahlbar hohen Preisen für die Bevölkerung. Es gab gleichzeitig auch die Guelaguetza popular der APPO und der LehrerInnengewerkschaft, an der während acht Stunden rund 35'000 Personen teilnahmen. Die symbolische Bedeutung der Guelaguetza geht weit über reine Folklore hinaus und ist ein Ritual der gegenseitigen Hilfe. Die Guelaguetza popular hat dieses Jahr ungestört stattfinden können, im Gegensatz zu 2007, wo es

während einer Demonstration zu mehreren Dutzend Verletzten und Verhaftungen kam. Der Mobilisierungszyklus von Mai bis Juli 08 zeigt, dass die Bewegung in Oaxaca zwar weniger medienwirksam als auch schon, aber sehr lebendig ist.

Quelle: chiapas.ch

Ausgrabungen auf ehemaligem Militärgelände im Bundesstaat Guerrero

(Mexiko-Stadt, 08. Juli 2008, cimacpool) - Die mexikanische Generalstaatsanwaltschaft leitete am 8. Juli die Ausgrabungen auf dem ehemaligen Militärgelände in der Gemeinde Atoyac de Álvarez im südlichen Bundesstaat Guerrero ein. Dort werden die sterblichen Reste von Bauern und Guerrilleros vermutet, die in den 70er Jahren während des so genannten schmutzigen Krieges vom mexikanischen Militär hingerichtet wurden. Aufgrund der Empfehlung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte CIDH (Comisión Interamericana de Derechos Humanos) war das Gelände im Februar diesen Jahres mit einem Bodenradargerät gescannt worden. Der CIDH untersucht das Verschwindenlassen des Aktivisten Rosendo Padilla Pacheco. Pacheco hatte sich stark für die Angelegenheiten seiner Gemeinde eingesetzt und ist eines der 470 verschwundenen Opfer in der Region. Die Ausgrabungen werden zwischen 15 und 40 Tage andauern. Als Zeuginnen der Antragsteller werden die Anwältin María Sirvent Bravo-Ahuja von der Mexikanischen Kommission zur Verteidigung und Verbreitung der Menschenrechte CMDPDH (Comisión Mexicana de Defensa y Promoción de los Derechos Humanos) und die Gerichtsmedizinerin Claudia Bisso von der argentinischen Vereinigung forensischer Anthropologen EAAF (Equipo Argentino de Antropología Forense) anwesend sein. Ende des Jahres soll im costa-ricanischen San José vor dem CIDH die erste Anhörung im Fall Radilla stattfinden.

Quelle: pool

Schüsse gegen Moderatoren

Oaxaca: Das Haus des Radiomoderators Melesio Melchor Angeles vom unabhängigen Gemeinderadio von Zaachila wurde am 27. Juli gegen zwei Uhr nachts von Unbekannten beschossen. Verletzt wurde niemand. Radio Zaachila meldet zudem einen Angriff gegen Jorge Aragón, einen weiteren Aktivist.

Radio Zaachila bringt die Angriffe in Zusammenhang mit den erfolgreichen Protesten gegen den Besuch des Gouverneurs Ulises Ruíz am 20. Juli.

Quelle: OaxacaLibre.org

Augen und Ohren der Welt

Hintergründe der Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas

Das Konzept der Menschenrechtsbeobachtung geht auf die Idee Mahatma Gandhis zurück, eine gewaltfreie Friedensarmee zu errichten. Vor allem im Zuge der Aufstandsbekämpfung der Regierungen während der Bürgerkriege in den mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie in Sri Lanka wurde diese Idee durch verschiedene Initiativen und Organisationen aufgegriffen und ausgearbeitet. Eine der bekanntesten Organisationen, die sich dieser Arbeit widmen, ist PBI (peace brigades international)¹.

Dieses Konzept beruht auf der Erfahrung, dass die physische Anwesenheit internationaler BeobachterInnen zur unmittelbaren, aber auch generellen Abschreckung des Militärs oder paramilitärischer Organisationen beiträgt. Dies funktioniert nur dort, wo Regierungen daran interessiert sind, den internationalen Ruf als demokratischen Staat aufrecht zu erhalten und wo Menschenrechtsverletzungen politische Kosten mit sich ziehen würden. Mexiko zählt zu den Staaten, die in Sachen Menschenrechten und Demokratie ihr Gesicht, wohl eher ihre Fassade wahren wollen. Da passt es nicht, wenn renommierte und institutionalisierte Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international Mexiko als „Schwarzes Loch in der Einhaltung der Menschenrechte“² bezeichnen. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass die MenschenrechtsbeobachterInnen internationaler Herkunft sind, um den Konflikt aus dem marginalisierten Chiapas herauszuholen und vor die Augen der internationalen Öffentlichkeit zu tragen.

Eine generelle Abschreckung durch die Anwesenheit internationaler MenschenrechtsbeobachterInnen besteht „in der Langzeitwirkung einer Kombination verschiedener internationaler und lokaler Anstrengungen“³, um Menschenrechte zu schützen und deren Verletzungen in der Öffentlichkeit und bei den jeweiligen nationalen Regierungen anzuprangern. Um durch die Präsenz internationaler Beobach-



terInnen eine abschreckende Wirkung zu erzielen, muss dem Aggressor bekannt sein, welche Handlungen nicht akzeptiert werden. Des Weiteren muss glaubhaft gemacht werden, dass hinter den BeobachterInnen internationale Organisationen stehen, die bei Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen in der Lage sind, diese öffentlich zu machen und politische Konsequenzen herbeizuführen. Internationaler Druck beeinflusst in der Regel die entsprechenden Regierungen, erreicht aber nur seine Wirkung, wenn er an die die Gewalt ausübenden Gruppen, beispielsweise Todesschwadronen oder Paramilitärs, weitergeleitet wird. Umgekehrt wird die physische Präsenz eines Beobachters vor Ort wahrgenommen und an höhere Instanzen weitergeleitet. Besonders wesentlich ist hier die internationale Beobachtung bei Gruppen, die national sowie international sonst kaum Aufmerksamkeit genießen.⁴

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas/Mexiko

Der Druck auf EZLN und mexikanische Regierung durch die (inter-)nationale Öffentlichkeit führte im Januar 1994 maßgeblich zum Waffen-

stillstand. Bis heute ist diese durch internationale Präsenz hervorgerufene Aufmerksamkeit ein wichtiger Bestandteil der Friedensarbeit.⁵

Im Zuge der verstärkten Militäroffensive 1995 rief der Gründer des Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de las Casas (FrayBa) und ehemaliger Erzbischof von Chiapas, Monseñor Samuel Ruiz García dazu auf, Campamentos Civiles por la Paz⁶ zu errichten, die bedrohte Gemeinden begleiten und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren sollten. Dem Appell zur Errichtung von Friedenscamps im März 1995 gingen Anfragen betroffener Gemeinden nach nationaler und internationaler Präsenz zum Schutz vor Übergriffen des Militärs voraus. Seitdem koordinieren FrayBa und die Organisation Enlace Civil den Einsatz von BeobachterInnen in Gemeinden.

Ein Großteil der Friedenscamps befindet sich in Gemeinden, die zu den zivilen zapatistischen Unterstützungsbasen gehören. Doch nicht nur diese Basisgemeinden sind Aggressionen und Bedrohungen ausgesetzt. Zu den Gemeinden mit internationaler Präsenz gehört beispielsweise auch die

christlich-pazifistische Organisation Las Abejas. Traurige Berühmtheit erlangten diese durch das Massaker von Acteal im Dezember 1997. Immer wieder sind sie starker Repression seitens regierungstreuer Gemeinden und paramilitärischer Organisationen ausgesetzt.

Die von FrayBa entsendeten BeobachterInnen sind zu Gewaltlosigkeit, Neutralität in Konfliktsituationen und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten verpflichtet. Genauso sind die selbstgewählten Strukturen und Regeln der Gemeinde zu achten. In der Regel dauert der Aufenthalt in einer Gemeinde zwei Wochen. Die Gemeinde stellt die Schlafmöglichkeit in einer einfachen Hütte, Feuerholz, den Zugang zu Wasser sowie die tägliche Tortilliaration zur Verfügung, mit allem anderen müssen sich die BeobachterInnen meist im Voraus selbst versorgen.

Vorbereitung

Die obligatorische Vorbereitung für die Arbeit als BeobachterIn wird in Deutschland durch CAREA e.V., in der Schweiz durch Peace Watch Switzerland durchgeführt, in Österreich von der Mexiko-Plattform.

Vorraussetzung sind ausreichende Spanischkenntnisse, ein Mindestalter von 21 Jahren, politisch-soziales Engagement sowie die Teilnahme an beiden Teilen des Vorbereitungsseminars. Teamfähigkeit, soziale Kompetenz, psychische sowie physi-

sche Belastbarkeit sind besonders wichtig.

Die Vorbereitung besteht aus zwei Seminarblöcken, die sich in einen theoretischen und einen eher praktisch ausgerichteten Teil gliedern. Es werden unter anderem Kenntnisse über die Geschichte und das politische System Mexikos sowie über das Konzept der Menschenrechtsbeobachtung vermittelt. Mindestens genauso wichtig ist die kritische Auseinandersetzung mit kontroversen Themen wie z.B. die Rolle der Frau in indigenen Gemeinden und innerhalb der EZLN. Von Bedeutung ist außerdem der Einfluss der Kirche auf die zapatistische Befreiungsbewegung im Zuge der Befreiungstheologie. Um den Teilnehmenden im Voraus die Auseinandersetzung mit bestimmten Problematiken der Menschenrechtsbeobachtung zu ermöglichen, werden Konfliktsituationen in Rollenspielen durchgespielt.

Die Arbeit als MenschenrechtsbeobachterIn beruht nicht nur auf physischer Anwesenheit, sondern je nach Lage und Situation der Gemeinde auch auf der Aufzeichnung von Militärbewegungen der Bundesarmee, Übergriffen auf die Gemeinden, Menschenrechtsverletzungen und der Dokumentation der allgemeinen Situation. Diese Informationen werden in Form eines detaillierten Berichtes an das Menschenrechtszentrum weitergeleitet.

Eine weitere wichtige Aufgabe der

BeobachterInnen ist die Öffentlichkeitsarbeit nach ihrer Rückkehr aus Mexiko. Der Konflikt in Chiapas soll bekannt werden, um so Druck auf die mexikanische Regierung zu erzeugen, der sehr daran gelegen ist, das Bild eines Staates zu erhalten, in dem Menschenrechte geachtet werden.

Die internationale Menschenrechtsbeobachtung gewährt bedrohten Gemeinden Schutz und schafft (Frei-)Räume für die Zivilgesellschaft. Dabei erhebt dieses Konzept keinesfalls den Anspruch, die Ursachen der Konflikte zu bekämpfen. Die Erweiterung des Spielraums ist jedoch von hoher Bedeutung für die Stärkung sozialer Bewegungen und den Ausbau autonomer Strukturen. Den einzelnen Gemeinden soll ermöglicht werden, ihre eigenen Dynamiken zu erhalten und zu entfalten, ohne darin eingeschränkt zu werden. Der Konflikt wird dadurch nicht gelöst, trotzdem ist die Menschenrechtsbeobachtung ein überaus wichtiger Beitrag zur Friedensarbeit in Chiapas und eine praktische Form solidarischer Unterstützung.

1 http://darth.internet-factory.de/metaXsite/p_pbi/start.php3?cl_my_id=25412

2 Vázquez Montalbán, Manuel: Marcos. Herr der Spiegel. Berlin. 2001. S. 25

3 Laim Mahony, Luis Enrique Eguren: Gewaltfrei stören - Gewalt verhindern, Rotpunkt, Zürich 2002:143

4 Eguren, Mahony 142-165

5 <http://www.buko.info/carea/>

6 dt.: Zivile Friedenscamps

Vorbereitung für MenschenrechtsbeobachterInnen und weitere Informationen:

CAREA e.V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
www.buko.info/carea
carea@gmx.net

Peace Watch Switzerland
Quellenstr. 31, 8005 Zürich/Schweiz
www.peacewatch.ch
info@peacewatch.ch

Mexiko-Plattform Österreich
mexiko-plattform.org

Chiapas-Gruppe Tirol
chiapas.tirol@gmx.at



NAFTA+

Das neue ASPAN: Freihandel jetzt mit noch mehr Sicherheit

Im Jahr 2005 beschlossen die Staatsoberhäupter der USA, Kanadas und Mexikos während eines Treffens in Texas die Umsetzung einer „Allianz für Sicherheit und Prosperität in Nord-Amerika“ (ASPAN). Sicherheit und Wohlergehen ihrer Bevölkerungen sollten so gesteigert werden. Dass es nur vordergründig um die Bedürfnisse der Mehrheit der betroffenen Menschen geht, tatsächlich aber um Absicherung von Kapitalakkumulation und bestehenden Machtstrukturen in den Zeiten der kapitalistischen Krise, zeigt eine kritische Auseinandersetzung mit ASPAN.

Eine nord-amerikanische Gemeinschaft?

Die „Alianza de Seguridad y Prosperidad de América del Norte“ (ASPAN) kann als Erweiterung und Vertiefung des 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft getretenen Freihandelsabkommens NAFTA verstanden werden (NAFTA-Plus). Im Gegensatz zu NAFTA zielt ASPAN jedoch nicht mehr „nur“ auf den möglichst ungehinderten Austausch von Waren zwischen den USA, Kanada und Mexiko ab, erreicht werden soll vielmehr eine tiefgehende Integration der drei NAFTA-Länder. Auf Basis der Überzeugung des „Freihandels als Motor für wirtschaftliches Wachstum und eine Entwicklung, die niemand zurück lässt“, werden gemeinsame Institutionen, Regelungen und Gesetze entwickelt, die letztendlich zu einer „nordamerikanischen Gemeinschaft“ mit gemeinsamen Außen-

grenzen und -zöllen sowie einer gemeinsamen Währung, dem Amero, führen sollen.

Ist der Gedanke der Prosperität bereits in NAFTA zentral, so findet in ASPAN zudem der seit den Attacken auf das World Trade Center 2001 in den USA massiv geführte Sicherheitsdiskurs seinen Niederschlag. Denn Sicherheit und Prosperität, so die Erkenntnis der Chefs auf ihrem Treffen 2005, hingen grundsätzlich miteinander zusammen. Um Wirtschaftswachstum zu fördern, sei es vor allem notwendig, „die Bewegungen von Personen, Waren und Dienstleistungen über die Grenzen hinweg effizienter zu machen“. Sicherheit bedürfe zuvorderst eines gemeinsamen und koordinierten Vorgehens gegen die inneren und äußeren Feinde Nordamerikas.

Ein entscheidender Unterschied zu



NAFTA besteht darin, dass es sich bei ASPAN nicht um ein Abkommen handelt, sondern um ein Bündel von Regelungen. Diese können als präsidentiale Direkterlässe eingeführt werden, womit man sich mühsame parlamentarische und öffentliche Debatten erspart. Wie gut diese Strategie funktioniert, zeigt die vorherrschende Unkenntnis über die Existenz eines Projektes, dass tief gehende Veränderungen für über 400 Millionen Menschen bedeutet.

Akteure in ASPAN

ASPAN spaltet sich in zwei verschiedene Agenden auf: Prosperität und Sicherheit. Jede Agenda umfasst verschiedene Teilbereiche, die von Arbeitsgruppen bearbeitet werden. Diese setzen sich zusammen aus PolitikerInnen, Intellektuellen und UnternehmerInnen. Gemeinsam erarbeiten sie Programme, über deren Realisierung auf den „Gipfeln der nordamerikanischen Staatsoberhäupter“ entschieden wird und die auf Treffen der zuständigen MinisterInnen der drei Länder evaluiert werden.

Einer der wichtigsten Akteure in der Entwicklung der ASPAN ist der „Consejo de competitividad de América del Norte“ (CCAN), der auf dem Gipfel der Staatsoberhäupter 2006 in Cancún/Mexiko ins Leben gerufen wurde. Im CCAN kommen 30 RepräsentantInnen der größten Unternehmen der drei Ländern zusammen, die „Prioritäten innerhalb der ASPAN setzen und als dauerhafter Antrieb innerhalb des Integrationsprozesses auch über Wandel in den Regierungen der drei Länder hinweg fungieren“.

Warum ASPAN?

Allgemein erhoffen sich die wirtschaftlichen und politischen Eliten von der Schaffung einer Allianz für Sicherheit und Prosperität die Entstehung eines wirtschaftlichen Blockes, der auf dem Weltmarkt mit den zunehmend erstarkenden Rivalen EU, Japan und China konkurrieren kann, sowie die Entstehung eines Binnenmarkts mit mehr als 800 Millionen EinwohnerInnen und hervorragenden Absatzmöglichkeiten für die Waren der großen Konzerne. Jedes Land verfolgt aber auch ganz genuine Interessen. So forderte beispielsweise der ehemalige mexikanische Präsident Fox schon auf einem ersten Treffen



Freiheit nur für Geld und Waren: Grenze zwischen USA und Mexiko bei El Paso
Foto: Tierra y Libertad

2001, das gravierende Problem der Migration vor Augen, einen erleichterten Eintritt für mexikanische Arbeitskräfte in den US-Markt. Kanada verfolgt primär das Ziel eines ungehinderten Zugangs der eigenen Waren zum Markt seines südlichen Nachbarn, nachdem die in der Folge von 09/11 von den USA geführten Abschottungspolitik mit aller Härte die empfindliche Abhängigkeit der eigenen Wirtschaft von diesem aufgezeigt hatte. Für die USA steht vor allem der Aspekt der Sicherheit im Vordergrund. Dabei lässt sich der us-amerikanische Sicherheitsbegriff jedoch nicht auf den Bereich des Militärischen beschränken (wie er seinen Niederschlag z.B. in der Merida Initiative / Plan México findet), sondern umfasst u.a. auch jenen der Migration („sichere und intelligente Grenzen“) und den Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Öl, Wasser und Gas – die eben vor allem in Kanada (Süßwasser) und Mexiko (Gas und Öl) vorliegen. ASPAN ist also für die Herrschenden aller drei Länder ein Win-Win-Projekt.

Ist es über die Etikettierung des ASPAN als Bündel von Regelungen (anstatt als Abkommen) gelungen, jeder –zumindest theoretischen– Einflussnahme von Seiten der Bevölkerung über „demokratische“ Strukturen einen Riegel vorzuschieben, wird der privatwirtschaftlichen Teilnahme Tür und Tor geöffnet. Und zwar nicht mehr nur durch Lobbyisten im Politikergewand, sondern durch die direkte Teilnahme privatwirtschaftlicher Ak-

teure. Im wissenschaftlichen und politischen Diskurs wird diese Entwicklung dann euphemistisch als Demokratisierung des hierarchischen Staates durch die Möglichkeit der Teilnahme der Zivilgesellschaft (!) abgefeiert. Tatsächlich ist wohl der Befund des Frankfurter Wissenschaftlers Joachim Hirsch zutreffender, der von einer „Privatisierung der Politik“ spricht, womit eine Verlagerung der Politik in „kaum mehr kontrollierbare staatlich-private Verhandlungs- und Entscheidungsstrukturen“ gemeint ist.

Letztendlich bedeutet die Integration der drei Länder und die faktische Abschaffung der nationalen Grenzen für Waren und wirtschaftlich verwertbare Personen die Realisierung der Freihandelsträume der nationalen Eliten. Sie dient der Absicherung von Kapitalakkumulation und bestehenden Herrschaftsverhältnissen in den Zeiten der kapitalistischen und –bezogen auf die USA– hegemonialen Krise. Was die Mehrheit der Bevölkerung von einer weiteren Liberalisierung zu erwarten hat, lässt sich erahnen, wenn man sich die verheerenden Folgen, die NAFTA bis heute vor allem für die ländliche Bevölkerung hat, vor Augen hält. Die Heilsversprechen, die die Herrschenden mit blumigen Worten in die Luft malen sind wieder einmal nichts anderes als Lügen, mit denen der Bevölkerung ihre (Selbst-)Ausbeutung schmackhaft gemacht werden soll.

Autor: J-Xap

Globale Vernetzung - ja wo laufen sie denn?

Eigentlich hätten die sozialen Bewegungen Grund zu feiern - die WTO-Verhandlungen sind ein weiteres Mal gescheitert. Doch die Vernetzung von unten ist ins Stocken gekommen

Ende 1999 sorgten die Demonstrationen gegen die Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle für Furore. Auf einmal wurde der Protest gegen den Neoliberalismus in der breiten Öffentlichkeit des Nordens wahrgenommen. Zuvor wurde bereits im Mai 1998 ein globaler Aktionstag gegen die WTO in Genf organisiert. Protestiert wurde dabei nicht nur in der Schweiz, sondern auch gleichzeitig in vielen anderen Städten auf fünf Kontinenten. Nach zehn Jahren ist nun die WTO faktisch futsch. Seit Jahren versuchten die WTO-StrategInnen, die Doha-Verhandlungsrunde, die 2001 mit vielen Versprechungen an die Länder des Südens eingeleitet wurde, noch irgendwie zu retten. Insbesondere die Proteste im mexikanischen Cancun und in Hongkong machten deutlich, dass die Länder des Südens mit massivem Widerstand der Bäuerinnen und Bauern konfrontiert wurden, angesichts der vom Norden bei den Verhandlungen geforderten weiteren Zugeständnisse im Welthandel, insbesondere in der Landwirtschaft. Auch das geplante gesamtamerikanische Freihandelsabkommen ALCA sorgte für starke Mobilisierungen der sozialen Bewegungen in Lateinamerika.

Eigentlich hätten die sozialen Bewegungen mit dem Straucheln der WTO und der Krise des Neoliberalismus Erfolge zu feiern. Doch die Länder des Nordens verlegten ihre Strategie auf bilaterale Freihandelsverträge. Insbesondere seit 2001 ist niemandem zum Feiern zumute, und seit 2007 hat sich nebst den Kriegen im Irak und Afghanistan alles noch mehr verschärft. Steigende Lebensmittel- und Energiepreise und klimatische Veränderungen



Vernetzung macht's möglich: Protest in Athen, 10. Juni 08
Foto: indy chiapas

gen sorgen weltweit für noch mehr Hunger. Aufgrund der Krise auf den Finanzmärkten wird verstärkt mit Getreide, Reis und Öl spekuliert. Agrarsprit wird als vermeintliche Lösung angepriesen und der Anbau von Lebensmitteln für den Benzintank verdrängt noch mehr KleinbäuerInnen und sorgt für Landflucht. Die Festung Europa und die anderen Länder des Nordens schotten sich noch krasser ab, und unzählige Menschen aus den Ländern des Südens verlieren ihr Leben. Die Revolten in zahlreichen Ländern des Südens werden im Norden kaum mehr wahrgenommen.

Dabei sorgte der Aufstand der Zapatistas in

Chiapas 1994 für neuen Mut auch für AktivistInnen in den Ländern des Nordens. Nach der Ideologie vom "Ende der Geschichte" und der Ratlosigkeit in der Linken durch den Zusammenbruch des Ostblocks ab 1989 tauchte plötzlich wieder ein Hoffnungsschimmer auf. "Eine andere Welt ist möglich" verkündeten die Zapatistas (lange vor der Nichtregierungsorganisation Attac). Das

Unbehagen in der Globalisierung wurde vielfach auf allen fünf Kontinenten geäußert, und AktivistInnen tauschten Erfahrungen aus und vernetzten sich. Im Juni 1999 kamen 450 Bäuerinnen und Bauern aus Indien, einige aus Lateinamerika und zogen anlässlich des G7-Gipfels in Köln durch Europa, trafen verschiedene Organisationen und Gruppen die wie sie gegen Gentechnik und multinationale Konzerne wie Cargill und Monsanto aktiv sind.

Dies scheint nun fast wieder in Vergessenheit geraten zu sein. Das weltweite Netzwerk Peoples' Global Action, das 1998 erstmals zu einem globalen Aktionstag aufrief, ist nur noch ein Schatten seiner selbst und nicht einmal mehr in Europa wirklich sichtbar. Ein kleines Häuflein aus verschiedenen europäischen Ländern will sich in Griechenland bei viel zu heißen Temperaturen treffen, aber nur wenige AktivistInnen beteiligen sich an den Diskussionen. Der Widerstand gegen mehr als 500 Jahre kolonialer Ausbeutung, die mit dem zapatistischen Aufstand ab 1994 zum Ausdruck kam, spielt bei den G8-Gipfelprotesten, wie zuletzt in Japan 2008, kaum mehr eine Rolle.

Die "Antiglobalisierungsbewegung", eine Bewegung die unzählige Menschen auf die Straßen brachte, ist kaum mehr existent. Auch wenn sich insbesondere viele junge AktivistInnen an den Blockaden gegen den G8-Gipfel



in Heiligendamm 2007 beteiligten, und die Proteste wieder für Schlagzeilen in den Mainstreammedien sorgten und einige Vernetzungen noch immer Bestand haben, ein Bezug zu gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, wie zum Beispiel der Widerstand gegen Hartz IV, wurde viel zu selten hergestellt. Dabei ist die Krise des Neoliberalismus unübersehbar, auch im Alltag der Menschen im Norden.

Die antikapitalistischen Proteste haben aus vielerlei Gründen an Biss verloren. Beispielsweise wurde einmal mehr das altbewährte "Teile und Herrsche" angewandt, mit nervigen Gewaltdebatten in Genua, Rostock und anderswo wurden die AktivistInnen in "Gut" und "Böse" aufgeteilt.

Die Bewegung verfiel immer mehr dem Denken und der Logik, gegen die sie protestierte. Ein Jet-Set von Nicht-regierungsorganisationen, der den Gipfeln hinterher reiste, die sich oft an immer entlegeneren Orten, hermetisch abriegelt, verschanzten. Die Kreativität der anfänglichen Gipfelproteste, wie die unterschiedlichen Demozüge in Prag 2000 gegen die

Konferenz des IWF (internationaler Währungsfonds) und der Weltbank, inklusive einem fröhlich tanzenden Pink-Silver-Bock und einem unerwartet militanten Block, verschwand allmählich, die Proteste im Norden wurden vorhersehbar und polizeilich lenkbar.

Die massive polizeiliche Repression in Genua, mit dem Mord an Carlo Giuliani und dem brutalen Angriff auf die Diaz-Schule und die Rhetorik des Krieges gegen den "Terror" legte sich bleischwer auf die Bewegung. Weltsozialforen (WSF) und ein weltweiter Antikriegstag am 15. Februar 2003 lieferten zwar Akzente, aber vom ausgerufenen globalen Aktionstag 2008 fiel nur noch wenigen auf. Immer mehr setzte sich bei Bewegungen im Westen ein seltsames Effizienzdenken durch, atemlos wurde organisiert und zu wenig auf tiefgehende breite Diskussionen vor Ort geachtet, die Verteidigung gegen Repression wurde zu einem Hauptthema. Warum in Genua so viele Menschen auf die Straße gegangen waren - Inhalte zum Beispiel oder po-

sitive Erfahrungen, wie Basisorganisation wurden kaum mehr benannt. Es gelang kaum, breite Kreise der Bevölkerung anzusprechen und in emanzipatorische Prozesse einzubeziehen.

Die "Antiglobalisierungsbewegung" im Norden muss sich etwas Neues einfallen lassen. Zum Beispiel sich wieder auf frühere Debatten beziehen, fragend voranschreiten, wieder von den Bewegungen in den Ländern des Südens lernen (nicht nur von den Zapatistas), und über den europäischen Tellerrand hinaus Erfahrungen auf allen fünf Kontinenten miteinander verknüpfen. Denn eine andere Welt ist noch immer notwendig, notwendiger denn je, und zahlreiche Menschen auf der Welt lassen sich nicht einreden, dass Veränderungen nicht möglich seien, schließlich verändert sich der Kapitalismus jeden Tag und verschärft stetig die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschheit.

Eine von vielen

www.direkteaktion.org



Die ganze Lage schwarz auf rot

Zeitung gegen üble Verhältnisse

DA
DEUTSCHE AKTION

Probeheft gratis!

da-abo@fau.org



Solidarität zum Selbermachen

Diese schönen bunten Flyer richten sich an (potentielle) Mexiko-Reisende und informieren auf anschauliche Weise über Mexikos Süden. Sie warten darauf, überall auf Flughäfen, in Reisebüros, in Reiseführern und Zügen und Bussen zu und von Flughäfen und Bahnhöfen ausgelegt zu werden.

Los geht die Tourflyeraktion

massenhaft zu bestellen bei caracol-freiburg@no-logo.org

El Barrio - Ein Viertel setzt sich zur Wehr

Harlem - das ist bei uns der Inbegriff eines Armenviertels in den USA. East Harlem ist heute eines der letzten Viertel in New York, das noch nicht vollständig saniert - und dementsprechend verteuert - wurde. Es ist überwiegend migrantisch geprägt, die Mehrheit der Bewohner_innen stammt aus Lateinamerika. Hier hat sich vor über drei Jahren eine Gruppe gegründet, das „Movimiento por Justicia del Barrio“ (MJB - "Bewegung für die Gerechtigkeit des Viertels"), um den Grundeigentümer_innen, den Makler_innen und den städtischen Institutionen eine organisierte Kraft entgegenzusetzen. Sie wendet gewaltfreie Methoden wie Demonstrationen, Petitionen, Gerichtsklagen, Öffentlichkeitskampagnen und direkte Aktionen an, um ihre Forderungen durchzusetzen, etwa eine Mieterhöhung zu verhindern, die Heizung im Winter angestellt zu bekommen oder ungerechte Gebühren abzuwehren. Ihre Organisationsweise ist dabei strikt basisdemokratisch, jedes der derzeit 26 Häuser organisiert sich als Mieter_innen-Vereinigung, die selbst entscheidet wofür sie wie kämpfen will. 2005 schloss sich MJB darüber hinaus der Anderen Kampagne¹ an. Im Oktober 2007 organisierten sie ein Treffen, an dem 27 Gruppen aus New York und Umgebung teilnahmen. Mit dabei zum Beispiel eine migrantische Gruppe, die für queere Räume kämpft und eine Mieter_innen-Vereinigung aus China-Town. Ein weiteres Treffen, durch das Anti-Gentrifizierungs-Gruppen² und internationale Anhänger_innen der zapatistischen Sechsten Deklaration zusammengebracht werden sollen, ist für dieses Jahr geplant.

Ihren bisher spektakulärsten Erfolg erzielte die Gruppe, in der inzwischen über 400 Personen organisiert sind, vor etwa

einem Jahr als es ihr gelang einen New Yorker Miethai namens Steve Kessner aus ihrem Barrio zu schmeißen und ihn zum Verkauf seiner 47 Gebäude zu zwingen. Und das, nachdem dieser großspurig verbreiten ließ: „Ich verkaufe nicht... Niemand drängt mich aus der Nachbarschaft, die ich gehalten habe aufzubauen. Dieses einzelne Problem mit dieser Gruppe [MJB] war mein einziger Kopfschmerz. Hören Sie, ich mag diese Nachbarschaft. Ich habe vier Söhne im Geschäft und wir sind dabei zu wachsen. Ich werde meinen Job zu Ende bringen.“ Doch wie Oscar Dominguez von MJB feststellt: „Wir haben einen mächtigen Kapitalisten namens Steven Kessner bezwungen. Er wurde ersetzt durch einen anderen Kapitalisten, ein multinationales Unternehmen aus London namens Dawnay, Day Group.“ Dieses Unternehmen kaufte die Gebäude, kurz nachdem Kessner die Stadt verlassen hatte und versucht seitdem mit schmutzigen und illegalen Tricks die langjährigen Bewohner_innen aus ihren Wohnungen zu vertreiben.

Doch die Bewohner_innen geben nicht auf, eher im Gegenteil. Neben einer Consulta,³ die sie in East Harlem durch-

führten, um „von den Leuten zu hören, wohin wir unseren nächsten Kampf richten sollen“ und an der sich über 1500 Personen beteiligt haben, haben sie inzwischen eine „Internationale Kampagne zur Verteidigung von El Barrio“ ins Leben gerufen und tourten durch die USA und Europa. Auch beim „Europäischen Treffen zur Verteidigung der Zapatistas“ in Athen war ein Vertreter des MJB anwesend. Nach Großbritannien war ihm zuvor – wohl auf Betreiben von Dawnay, Day Group – die Einreiseerlaubnis verweigert worden.

Im Aufruf zur Kampagne heißt es: „Wir schlagen lokal und über Grenzen hinweg zurück. Wir bekämpfen lokale Politiker_innen, die sich weigern dem Willen der Leute gehorchend zu regieren. Wir bekämpfen die Regierungsinstitutionen, die das globale ökonomische soziale und politische System bestärken, welches danach strebt, die Menschlichkeit zu zerstören. (...) Wir rufen alle Leute mit gutem Bewusstsein dazu auf uns in diesem Kampf zu unterstützen. Ein Kampf gegen das globale Imperium des Geldes. Ein Kampf gegen Neoliberalismus. Ein Kampf für Menschlichkeit.“

MJB kann direkt kontaktiert werden über movimientoporjusticiadelbarrio@yahoo.com

¹ Die „Andere Kampagne“ bezeichnet eine mexikowide und internationale Vernetzung „von links und unten“, die von den Zapatistas angestoßen wurde, und eine nicht-kapitalistische Neuorganisation der Gesellschaft zum Ziel hat.

² Gentrifizierung meint den Prozess, durch den ein Stadtviertel mit ehemals günstigen Mieten „aufgehübscht“ werden soll und durch den die ehemaligen (meist armen und migrantischen) Mieter_innen aus dem Viertel gedrängt werden zugunsten von Yuppies, teuren Läden und Restaurants.

³ Consulta - dt. Befragung, Umfrage; Die Zapatistas führten in den letzten Jahren mehrere Consultas durch, um die Meinung der Bevölkerung zur Ausrichtung ihrer Politik einzuholen



Einkommensgemeinschaften

Solidarität muss praktisch werden - oder sich einen anderen Namen suchen

„Solidarität bedeutet für uns, einen gemeinsamen Weg zu gehen, voneinander zu lernen, uns zu unterstützen und an verschiedenen Orten gleichzeitig für eine menschliche Welt zu kämpfen, die Zapatistas in Chiapas und wir hier „im Herzen der Bestie“, und uns zusammen als Teil einer globalen Bewegung, als jeweils „kleine Stücke im großen Welterpuzzle der Revolution“ zu begreifen.“(*)

Liebe RebellInnen,

wir haben lange genug diese eisigen Zeiten ertragen, es ist an der Zeit, in die Welt der Schmetterlinge einzutreten und die Träume von unseren Flügeln zu streifen, damit sie bald der ganzen Welt gehören. Die Welt sehnt sich nach Träumen, nach Wärme und Geborgenheit.

Und wir, ein paar Menschen aus dem yabasta - Netz hatten an einem Wochenende im Juni die Gelegenheit, ein Netz aus Träumen, aus Wärme und Geborgenheit weiterzuspinnen. Vieles ist nicht ganz neu, ihr werdet vertraute Gedanken dabei finden.

Warum wollen wir Einkommensgemeinschaften gründen?

„Wir wollen gleichberechtigt mit allen anderen leben und uns unsere Träume erfüllen. Alle Menschen sollen die Möglichkeit zu einem würdevollen Leben haben und Zugang zu allen lebensnotwendigen Gütern, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrem Alter oder ihrem Geldbeutel.“(*)

Einkommensgemeinschaften schaffen eine Welt. Sie ermöglichen uns, das Leben mit anderen gemeinsam, gleichberechtigt und solidarisch zu gestalten, auch wenn wir nicht zusammen leben können, wollen oder dürfen. Eine Welt der vielen Welten, ein solidarisches, gerechtes, friedliches, würdevolles Leben für Alle entsteht nicht aus dem Nichts, es braucht Vorläufer, Experimente, Entwicklungen und Lernprozesse.

Die Motivation zur Gründung von Einkommensgemeinschaften ist nicht nur persönlicher Natur. Es geht natür-



lich auch darum, das eigene Leben freier und sicherer und friedlicher zu machen. Aber ausdrücklich sind sie ein Werkzeug, die Welt auf den Kopf zu stellen, mit uns und unseren Ideen zu experimentieren. Wir verlassen die abstrakten Politikfelder (natürlich nur zum Teil) und organisieren unser Leben gemeinsam. Einkommensgemeinschaften sind eine Möglichkeit, den zapatistischen Organisationsprozess auf unsere Verhältnisse zu übertragen und unseren Worten und Taten zur Seite zu stellen.

„Diese Welt kann nicht erobert werden, wir müssen sie neu erschaffen. Und damit können wir schon heute beginnen. Wir organisieren unser Leben so, dass es einen Beitrag auf dem Weg zu dieser Welt leistet und setzen ihre Prinzipien, Autonomie, Würde und Solidarität schon heute in die Tat um. Und wir laden alle Menschen ein, sich mit uns auf den Weg zu machen.“(*)

Was macht das mit uns?

Zusammen leben, lieben, lachen und kämpfen, oder: allein machen sie dich ein.

Wahrscheinlich teilen wir alle den Wunsch danach, unser Leben nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen zu gestalten. Viele finden den Platz dafür in Zweier-Beziehungen oder Familien, manche auch, weil es nicht viele Alternativen oder Ergänzungen gibt. Einige leben in größeren oder kleineren WG's, aber doch immer in begrenzten Strukturen.

Da gibt es - vielleicht nicht für alle -

noch eine Menge zu lernen. Einkommensgemeinschaften helfen beim Lernen, beim Erlernen all der Fähigkeiten, die wir für eine gerechtere Welt brauchen. Sie bringen uns bei, mehr „wir“ als „ich“ zu denken, auch über den Kreis unsere FreundInnen hinaus. Sie helfen uns, Ängste zu überwinden und mehr Sicherheit und Freiheit in der Gemeinschaft zu finden. Sie geben uns die Möglichkeit zu wachsen und Solidarität zu entwickeln, zu geben und zu nehmen, stärker zu werden und zu wachsen. Wir können unsere existenziellen Probleme gemeinsam besprechen und bewältigen und wir überwinden die Grenze zwischen politisch und privat. Einkommensgemeinschaften gründen heißt, von den Zapatistas zu lernen, die auch so überzeugend sind, weil sie die Grundbedürfnisse der Menschen gemeinsam organisieren.

Hier eine Reihe von Möglichkeiten, was eine Einkommensgemeinschaft ihren Mitgliedern geben kann:

- Sicherheit und Planung
- sie hilft, über prekäre Lebenssituationen besser hinweg zukommen
- sie schafft ein solidarisches Verhältnis zwischen ihren Mitgliedern
- sie schafft Verständnis & Transparenz, Flexibilität, sowie die Grundlage einer solidarischen Ökonomie
- sie kann Banken ausschalten, indem sie Direktkredite vergibt

Was macht das mit anderen?

„Die Gesellschaft zu verändern, bedeutet unsere eigene Alltagspraxis zu verändern. Wir richten unseren Widerstand gegen alle, die die Welt, ob sie nun die ganze oder ihre eigene kleine Welt, das Land, die Firma, die Familie, die Gruppe meinen, lieber zu ihrer ausschließlich eigenen Zufriedenheit ordnen und damit die Erfüllung von Träumen und Hoffnungen der anderen verhindern.“(*)

Über die Wirkung auf den Rest der Gesellschaft können wir natürlich nur spekulieren. Sie hängt wohl wesentlich davon ab, wie sehr wir die Öffentlichkeitsarbeit als Teil unserer Vernetzung begreifen. Da wir eine möglichst große

Wirkung erzielen wollen, sollten wir zu einem späteren Zeitpunkt Überlegungen dazu anstellen. Zur Zeit geht es erst mal darum überhaupt lokale Einkommensgemeinschaften zu gründen.

Eins ist sicher: wir werden nicht die sein, die über alles meckern und nix besser machen. Wir werden in allen Auseinandersetzungen die sein, die eine Alternative entwickeln. Das wird eine größere Überzeugungskraft haben, als eine schriftliche Einladung zur Rebellion. Wir werden Solidarität fördern und fordern über unseren kleinen Kreis hinaus und die bestehenden Verhältnisse schon durch unsere Existenz in Frage stellen. Wir werden dem Zeitalter des shareholder-value den Todesstoß versetzen und der community-value, der Gewinn für die Gemeinschaft wird Ziel unserer gesellschaftlichen Bestrebungen sein.

Ein Konto zehn Karten: Das Gesicht der Einkommensgemeinschaft

Es ist so einfach, wie es klingt: ein Konto, zehn Karten. Wir lassen unsere Löhne, Gehälter und was es sonst noch an Einkommen oder Geschenken gibt, auf ein gemeinsames Konto einzahlen. Alle privaten Konten können aufgelöst werden. Außer die von ALG2 EmpfängerInnen. Die müssen ihr eigenes Konto behalten, heben

das ALG2 aber bar ab und zahlen es auf das gemeinsame Konto ein, damit es keinen Ärger mit dem Amtsschimmel gibt. Alle laufenden Ausgaben werden vom gemeinsamen Konto überwiesen. JedeR hat über einen Online-Zugang volle Verfügungsberechtigung übers Konto und kann mit einer eigenen Karte jederzeit Geld abheben oder bezahlen.

Aus technischen Gründen gibt es anscheinend nur zehn Karten für jedes Konto, so dass bei größeren Gemeinschaften andere Lösungen gefunden werden müssen. Wir finden es aber sinnvoll, die Einkommensgemeinschaft auf ungefähr 10 Menschen zu begrenzen, weil ihr Funktionieren davon abhängt, dass sich alle miteinander wohl fühlen und genug Raum für jedeN EinzelneN ist. Einkommensgemeinschaften funktionieren nur mit Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein. Wenn das nicht vorhanden ist, helfen keine Regeln weiter. Wir wollen deshalb auf jegliches Regelwerk verzichten. Jede der autonomen Einkommensgemeinschaften kann natürlich Verwaltungsregeln erlassen, wenn alle Beteiligten das möchten. Grundsätzlich wird die individuelle Lebensführung nicht in Frage gestellt. Alle können Geld ausgeben, wofür sie wollen. Die Einkommensgemeinschaft sollte sich regelmäßig treffen, falls nicht sowieso alle zusammen wohnen,

um den Entwicklungsstand der Solidarität zu reflektieren, und zu sehen ob genug Geld reinkommt oder zu viel rausgeht, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um dem Kapitalismus zu entkommen.

Wir schlagen vor, dass vielleicht vorhandenes Vermögen, Ersparnisse, Bausparverträge, oder Immobilien vorläufig nicht in die Einkommensgemeinschaft einbezogen und ausgegeben werden können. Wir fänden es aber gut, dieses Vermögen in einen Topf zu werfen und gemeinsam zu verwalten. Es bleibt aber bis auf weiteres Eigentum derer, die es mitgebracht haben. Damit werden persönliche Probezeiten abgedeckt und es können Direktkredite an die eigene oder andere Einkommensgemeinschaften sowie andere Projekte vergeben werden. Grundsätzlich sollte natürlich alles in einen Topf geworfen werden, weil wir Einkommensgemeinschaften als Lebenszeitprojekt verstehen. Die Trennung in zwei Töpfe schafft aber erst einmal einen Investitionstopf.

Das Netz der Einkommensgemeinschaften

„Diese Welt besteht aus einer Vielzahl kleiner oder größerer Gemeinschaften von Menschen, die einen gemeinsamen Weg und eine gemeinsame Perspektive entwickeln. Wie diese Gemeinschaft gestaltet wird, entscheiden ausschließlich die Menschen, die sich daran beteiligen. Eine grundlegende Bedingung, die dabei zu erfüllen wäre, ist, dass keine dieser Gemeinschaften auf Kosten einer anderen lebt und dass alle Menschen frei wählen können, in welcher Gemeinschaft sie leben möchten. Alle Gemeinschaften, entscheiden ohne Zwang, ob und wie sie sich vernetzen möchten, um übergreifende Dinge zu regeln“ (*)

Eine Einkommensgemeinschaft klingt schon nach einer total coolen Sache, aber das ist ja erst der Anfang. Über die Vernetzung von Einkommensgemeinschaften wollen wir eine große Solidargemeinschaft bilden. Alle Einkommensgemeinschaften zahlen 5 % ihrer monatlichen Einnahmen und ihren Jahresüberschuss in einen gemeinsamen Topf ein. Aus diesem Topf werden zuerst Einkommensgemeinschaft unterstützt, die finanzielle Notlagen nicht alleine bewältigen können.

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



Foto: Fredrik Rasm, Unterach Ulbacher Berlin

»OSSIS« UND »WESSIS« Jenseits der Bananenrepublik: »Ossis« und »Wessis« in Projekten - Interview: »Lass den anderen anders sein« - Interkulturelle Differenzen: Streit um die Streikkultur - Im Osten nichts Neues - Bericht eines Westdeutschen aus einer Gemeinschaft im Osten - Kommt ins Offene... Reflexionen einer Alternativ-Pionierin - Ost-West-Konflikte? Von Ost-Spießern, West-Ignoranten

und der Notwendigkeit, das Nachdenken in Gang zu halten **EUROPA** Hurra, Irland ist Europameister! **MEDIEN** 600 Ausgaben Göttinger Drucksache **KOMMUNEN** Hof Rossee: Ein Jahr nach dem »Los geht's« **GEN-MAIS** Mexiko: Die zweite Eröberung **ALSO** 125 Jahre Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg: Arbeitslosigkeit als Chance **BUCHER** 1968: Weltwende oder »Pyrrhusniederlage«? - »1968« und seine Folgen: Zürich **DEBATTE** Grundeinkommen: Die schöne Welt der SteuerzahlerInnen **SOZIALES** Landwirtschaft als Sozialimpuls **GENOSSENSCHAFTEN** Ein neues Energiezeitalter beginnt **U.V.M.**

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorname: Schein/Bruchmarken/Bankrottung!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10-45 20, D-69055 Heidelberg

Probieren: www.contraste.org

Mit dem, was dann hoffentlich noch übrig bleibt, wollen wir Projekte der solidarischen Ökonomie voranbringen, damit wir bald alle nicht mehr in einer Unsolidarischen arbeiten müssen.

Eine andere Aufgabe dieser gemeinsamen „Institution“ ist die Organisation des Erfahrungsaustauschs und die Promotion von Einkommensgemeinschaften, damit wir bald so viele werden, dass die Mainstream-Gesellschaft uns als das bessere Organisationsmodell wahrnimmt. Wir erschaffen eine bessere Welt und damit können wir allen anderen auf gleicher Augenhöhe begegnen. Wir müssen uns nicht verstecken und nicht unterbuttern lassen. Und auch ihre Repression wird an unserer Solidarität abprallen.

An dieser Stelle explodieren die Träume ...

Machen vielleicht alle bestehenden Kommunen mit? Verschmelzen wir mit dem Miethäusersyndikat? Gründen wir eine genossenschaftliche Holding für unsere ökonomischen Aktivitäten und gemeinsamen Besitztümer, mit eigener „Betriebskrankenkasse“ oder gleich eine „gute Regierung“? Und wenn es erst intergalaktische Einkommensgemeinschaften gibt. Ich glaube, das sind gar keine unrealistischen Spinnereien. Wir brauchen nur den Mut, an einem Punkt anzufangen und das Ganze wird eine ungeheure revolutionäre Dynamik entfalten. Da wird sich was bewegen, in großem Stil!

Nur Mut, zum richtigen Leben im Falschen!

Im Laufe der Zeit wird es noch eine Menge Diskussionsbedarf geben und vielleicht werden auch formelle Strukturen nötig, um horizontale Kommunikation und Entscheidungsfindung zu organisieren. Bis dahin schlagen wir vor, mit unseren Fragen einfach schon mal loszugehen!

Eure Schwesterrebellion

(*) Zitate aus der Einladung zur Rebellion, yabasta-Netz, Mai 2004,

<http://projekte.free.de/bankrott/einladung.html>

Ya-Basta-Netz-Treffen im September

Das Ya-Basta-Netz ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen und Soli- und Aktionsgruppen. Zum einen ist für uns die direkte Unterstützung der Widerständigen in Chiapas/Mexiko wichtig. Das heißt, wir sammeln Geld für verschiedene Projekte und versuchen immer wieder durch Aktionen, Veranstaltungen und Publikationen eine kritische Öffentlichkeit für soziale Bewegungen in ganz Mexiko herzustellen. Außerdem sind welche von uns von Zeit zu Zeit in Mexiko, um dort Projekte zu unterstützen, politische Prozesse und die Situation der Menschenrechte zu beobachten und zu dokumentieren sowie um weitere Kontakte zu knüpfen. Wichtig ist uns vor allem die Unterstützung der Selbstorganisation in den autonomen Regionen in Chiapas, die sich beispielsweise durch den Vertrieb von Kaffee einer zapatistischen Kooperative materialisiert.

Zum anderen führen wir hier „im Herzen der Bestie“ unsere eigenen Kämpfe, die wir stärken, voran treiben und weiter vernetzen wollen.

Das nächste Ya-Basta-Netz – Treffen findet vom 5.-7. September 2008 in der Nähe von Bremen statt.

Kontakt: ya-basta-kontakt@riseup.net

www.ya-basta-netz.de.vu

Europäisches Treffen in Barcelona

Voraussichtlich vom 5.-7. Dezember wird das nächste Treffen der europäischen Solidaritätsnetze mit den Zapatistas in Barcelona stattfinden. Der Termin wartet zur Zeit noch auf Bestätigung durch die Beteiligten in den verschiedenen Ländern. Ab September will das ansässige Col.lectiu de Solidaritat amb la Rebel·lió Zapatista dann offiziell einladen und die inhaltliche Vorbereitung einläuten.

Nach mehreren Jahren Pause gab es im Mai diesen Jahres erstmals wieder ein europäisches Treffen in Athen.

**Aktuelles aus
Lateinamerika
auf die Ohren:
www.npla.de/onda**

**graswurzel
revolution**



Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„...die Graswurzelrevolution ist ... höchst lebendig - sowohl auf Papier gedruckt als auch im Internet präsent.“ (taz, 17.03.07)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* ... verfügt sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440/959250 abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

Die Zapatistas sind nicht allein

↓ DEKLARATION ↓

(Juli 2008)

Wir, Organisationen, Kollektive, Bewegungen, Netzwerke, Gemeinden, Dörfer, Familien und Personen, UnterstützerInnen oder SympathisantInnen der Sechsten Erklärung aus der Selva Lacandona, Frauen, Männer, Kinder und Alte aus dem ganzen Land erklären:

1. Seit fast einem Jahr nehmen die Belästigungen, Provokationen, Repression, Militarisierung und Aggressionen gegen die indigenen zapatistischen Gemeinden zu. Das Eindringen des Militärs vom vergangenen 4. Juni ist nur ein sichtbares Signal mehr für eine Strategie, die danach trachtet, die soziale Basis der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) und das Herz der indigenen Autonomie zu attackieren: die Ländereien und das Territorium. Wir verurteilen und weisen diese Aktionen zurück und verlangen, dass sie sofort eingestellt werden.
2. Diese neue Offensive wird wieder einmal von paramilitärischen Gruppen, der mexikanischen Bundesarmee, verschiedenen Polizeikräften sowie von der Regierung des Bundesstaates Chiapas und der föderalen Regierung durchgeführt. Es handelt sich um eine politisch-militärische Strategie, die danach strebt, den Zapatismus an die Wand zu drücken. Komplizen dieser Strategie sind das Schweigen der Kommunikationsmedien und all' jener, die angesichts der Repression, die unsere zapatistischen Schwestern und Brüder erleiden, schweigen. Wir schweigen nicht. Wir fordern, dass diese Offensive gegen das zapatistische Projekt, das eine Alternative von globaler Bedeutung für die Menschen verkörpert, umgehend beendet wird.
3. In den Juntas der Guten Regierung und den zapatistischen rebellischen autonomen Gemeinden wird eine würdige Autonomie konstruiert, die wir für eine der wichtigsten Alternativen der Menschheit halten. Wir reißen uns in den Prozess der Vergeschwisterung mit und der Verteidigung der zapatistischen Autonomie ein, die heute ein wachsendes Risiko durch diese neue gewalttätige Offensive erlebt.
4. Wir fordern von der föderalen und bundesstaatlichen Regierung, dass die gewalttätigen Aktionen gegen die zapatistischen Gemeinden beendet werden. Allen zapatistischen Unterstützungsbasen, autonomen Landkreisen und Juntas der Guten Regierung sowie der EZLN selbst sagen wir heute erneut, dass SIE NICHT ALLEIN SIND. Wir, die wir Teil der Anderen Kampagne sind, sind mit Euch, und schicken auch aus dem gesamten Land eine Botschaft der Unterstützung und der Solidarität.
5. Es ist die Zeit zur Organisation und Mobilisierung zur Verteidigung der EZLN. Angesichts der Pauken des Krieges ist es notwendig, sofort eine zivile und friedliche Antwort in allen Winkeln des Landes zu organisieren.

**DIE ZAPATISTAS SIND NICHT ALLEIN!
BUNDESARMEE RAUS AUS CHIAPAS!**

**ES LEBEN DIE INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM WIDERSTAND!
ES LEBE DIE ZAPATISTISCHE AUTONOMIE!
ES LEBE DIE ZAPATISTISCHE ARMEE ZUR NATIONALEN BEFREIUNG!**

Unterzeichner_innen: 258 Kollektive, Organisationen, Gemeinden, Netzwerke, Bewegungen und 250 Familien und Einzelpersonen aus 27 Bundesstaaten Mexikos; Kollektive und Einzelpersonen aus Argentinien, Baskenland, Deutschland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, dem spanischen Staat, Uruguay und USA